

SLOWAKEI

Gewerkschaftsmonitor

April 2021

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Parlamentswahlen im Februar 2020 haben zu einem politischen Umbruch in der Slowakei geführt und die seit 2006 währende Ära sozialdemokratisch geführter Regierungen vorerst beendet. Bereits im Vorfeld der Wahlen war es infolge des Doppelmordes an dem Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten zu einer Reihe von Rücktritten gekommen – u. a. musste der langjährige Premierminister Robert Fico von SMER-SD sein Amt aufgeben. Der damit einhergehende Vertrauensverlust in der Bevölkerung führte bei den Wahlen schlussendlich dazu, dass die Sozialdemokraten nur noch ca. 18 Prozent der Stimmen erreichen konnten. Das entspricht einem Verlust von 10 Prozent im Vergleich zu den Wahlen von 2016 und bedeutete für SMER-SD zugleich den Gang in die Opposition. Stattdessen kam mit Igor Matovič von der Partei O aNO ein Protestpolitiker an die Macht, der neben dem Versprechen von null Toleranz gegenüber Korruption, keine klaren politischen Grundsätze hatte erkennen lassen. Der Sieg des 46-jährigen ehemaligen Unternehmers fiel vor diesem Hintergrund mit ca. 25 Prozent überraschend deutlich aus. Matovič ist es offensichtlich am besten gelungen, die Wechselstimmung im Lande für sich zu nutzen und Stimmen aus allen Lagern einzusammeln. Er bildete als neuer Ministerpräsident eine Vier-Parteien-Koalition mit der rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Partei »Wir sind eine Familie« (Sme Rodina), der neoliberalen Freiheit und Solidarität (SaS) sowie der konservativen Partei »Für die Menschen«. Sie verfügt im Parlament insgesamt über 95 von 150 Sitzen und kann damit auch Verfassungsänderungen durchsetzen. Matovič erklärte den Kampf gegen die weitere Ausbreitung des Coronavirus zur neuen obersten Priorität, gefolgt von der Bekämpfung der Korruption, einem verantwortlichen Umgang mit den öffentlichen Finanzen sowie der Förderung eines attraktiven Umfelds für Unternehmer. Auch eine stärkere Einbeziehung des Volkes und eine Politik für alle Menschen zählten zu seinen Versprechungen bei seinem Amtsbeginn.

Eine weitere Überraschung bei den Wahlen war das knappe Scheitern des proeuropäischen liberal-konservativen Bündnisses »Progressive Slowakei/Gemeinsam«, das bei den Europawahlen 2019 noch als Sieger hervorgegangen war und bei progressiven Akteur_innen ebenso als Hoffnungsträgerin galt, wie die im letzten Jahr gewählte neue Staatspräsidentin Zuzana Čaputová. Die liberale Bürgerrechtlerin war Kandidatin der »Progressiven Slowakei« und zählte zu den Unterstützerinnen der nach dem Journalistenmord stattgefundenen großen Demonstrationen unter dem Motto »Für eine anständige Slowakei«. Allein, dass damit erstmalig eine Frau, noch dazu eine junge, zur Staatspräsidentin gewählt wurde, war eine Sensation.

Nach den Parlamentswahlen im Februar 2020 ist zudem Bewegung in das linke politische Lager in der Slowakei gekommen. Nach fast 20-jähriger Mitgliedschaft ist der ehemalige Premierminister Peter Pellegrini aus der Partei SMER-SD ausgetreten und hat eine neue Partei mit dem Namen HLAS-SD gegründet. Etliche Abgeordnete und Parteifunktionäre wechselten in der Folge die Seiten und traten der neuen Partei bei. In den Umfragen wurde die HLAS-SD schnell mit deutlichem Abstand stärkste Kraft im linken Lager und kommt aktuell auf ca. 25 Prozent Unterstützung, während dagegen die SMER-SD auf 10 Prozent abgestürzt ist (Stand: Februar 2021). Programmatisch positioniert sich die HLAS eher sozial-liberal während dagegen SMER eher traditionell sozialdemokratisch aufgestellt ist. Wie sich das Verhältnis der beiden sozialdemokratischen Parteien entwickeln wird, bleibt momentan noch abzuwarten. Beide sind den Gewerkschaften gegenüber ausgesprochen freundlich eingestellt. Das unterscheidet sie auch stark von der Regierungskoalition, bei der mehr und mehr deutlich wird, dass sie die Rechte der Gewerkschaften beschneiden möchte. Aus Protest gegen die Regierung haben die Gewerkschaften wiederum das System der Tripartitität zwischendurch verlassen, was ein Novum in der slowakischen Geschichte darstellt.

Aktuell ist das bestimmende Thema in der Slowakei jedoch die zugespitzte Pandemie-Situation. Seit Januar 2021 hat sich die Lage im Land nochmal deutlich verschlechtert. Die

Slowakei sah sich im Februar sogar gezwungen, andere EU-Länder um medizinisches Personal zu bitten, um die kritische Situation in den Kliniken unter Kontrolle zu bekommen. Die Regierung mit Premierminister Igor Matovic an der Spitze hat bislang keine wirksame Strategie zur Bekämpfung der Pandemie entwickelt. Auch das unberechenbare Verhalten des Premierministers, der immer wieder zu Alleingängen neigt, hat nicht dazu beigetragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und ihr Krisenmanagement zu stärken. Zudem werden die Risse in der Koalition immer deutlicher, so dass auch vorgezogene Neuwahlen nicht mehr ausgeschlossen sind.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die wirtschaftliche Situation hat sich insbesondere im Jahr 2020 deutlich verschlechtert. Im zweiten Quartal 2020 ging das Bruttoinlandsprodukt um 12,1 Prozent zurück. Dies entspricht dem höchsten Rückgang seit 1996. Die slowakische Wirtschaft erreichte somit erstmals nach zehn Jahren kontinuierlichen Wachstums wieder negative Zahlen. Die Auswirkungen der Pandemie waren vor allem im zweiten Quartal 2020 spürbar. Im Durchschnitt stiegen die Preise im Verlauf des Jahres 2020 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2,1 Prozent an. Der durchschnittliche nominale Monatslohn ging im zweiten Quartal um 1,2 Prozent zurück. Die Reallöhne fielen sogar noch stärker um bis zu 3 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg Ende des Jahres 2020 auf 7,5 Prozent, was einer Steigerung um fast 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Automobilbranche mit aktuell vier Herstellern hat eine zentrale Bedeutung für die slowakische Wirtschaft und stellt den Sektor mit dem höchsten Investitionsvolumen (1,2 Mrd. Euro) dar. VW wird zudem in diesem Jahr ca. eine Milliarde zusätzlich in der Slowakei investieren, da die Modelle Passat und Passat Variant zukünftig hier produziert werden sollen. Gerade in der Automobilbranche hatte man sich infolge der Pandemie auf hohe Verluste eingestellt. Diese sind aber bislang recht moderat ausgefallen. Eine der größten Herausforderungen für die slowakische Automobilindustrie ist neben der Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit nach wie vor der Mangel an qualifizierten Fachkräften. Erschwerend kommt aktuell hinzu, dass viele Mitarbeiter_innen aus Kroatien, Serbien und der Ukraine stammen und nun wegen der geltenden Einreisebestimmungen nicht mehr ohne negativen PCR Test ins Land kommen dürfen.

Trotz dieser Entwicklungen ist das Lohnniveau der slowakischen Arbeitnehmer_innen nach wie vor vergleichsweise niedrig und liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Gleiches gilt für die Renten. Nach dem Amtsantritt der neuen Regierung im März 2020 ist einiges in der Slowakei ins Rollen gekommen, was die Gewerkschaften besonders hart trifft. Zum Beispiel wurden viele Gesetze unter dem Vorwand der Corona-Pandemie in einem beschleunigten Verfahren verabschiedet. Das gilt auch für das Mindestlohngesetz, in dem die Art der Festlegung des Mindestlohns für das folgende Jahr festgeschrieben ist. Das Gesetz sieht dabei auch vor,

dass bei einer Nichteinigung der Mindestlohn automatisch auf 60 Prozent des Durchschnittslohns von vor zwei Jahren festgelegt wird. Dieser automatischen Berechnung zufolge hätte der Mindestlohn im Jahr 2021 eigentlich 656 Euro betragen müssen. Die Arbeitgeber erklärten jedoch, den Mindestlohn auf der jetzigen (2020) Höhe von 580 Euro einfrieren zu wollen. Die Sozialpartner konnten sich nicht einigen und daraufhin verkündete Mitte Juli der Arbeitsminister, dass er die Absicht habe, das Mindestlohngesetz zu ändern und die automatische Berechnung zeitweise außer Kraft zu setzen. Stattdessen solle ein sogenannter Startmindestlohn in Höhe von 620 Euro für das Jahr 2021 eingeführt werden. Von Anfang an kritisierten die Gewerkschaften den Startmindestlohn und bezeichneten ihn als verfassungswidrig und diskriminierend. Das Mindestlohngesetz wurde dennoch neu verabschiedet und die Gewerkschaften haben damit eine erhebliche Niederlage einstecken müssen. Zu Beginn des Jahres 2021 folgten weitere Gesetze, die ebenfalls im Schnellverfahren verabschiedet wurden und die Gewerkschaften erheblich schwächten. So wurde z.B. der klassische Sozialdialog de facto abgeschafft und den Arbeitgebern einseitig neue Kündigungsrechte zugestanden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Wirtschaft hochgradig vom ausländischen Kapital abhängig ist und sich in einer ungünstigen Zuliefererposition in den transnationalen Wertschöpfungsketten befindet, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um gesellschaftliche Legitimität, stellen aber für viele, gerade jüngere, Menschen eher ein »kommunistisches Überbleibsel« dar. Diese Legitimitätsfrage ist eng verknüpft mit der Frage ihrer Überlebensfähigkeit, sind sie doch von der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge abhängig. Sukzessiver Mitgliederschwund führt zu sinkenden Mitgliedsbeiträgen und damit zu einer schwachen Personalausstattung sowohl beim Dachverband als auch den Einzelgewerkschaften. Laut dem Dachverband KOZ SR hat sich die Situation im 2020 stabilisiert und es gab keine größeren Mitgliederverluste.

Geschwächt werden die Gewerkschaften außerdem durch eine enorme Zersplitterung ihrer Strukturen – allein der größte Dachverband KOZ SR vereint 25 Einzelgewerkschaften. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Tarifabdeckung variieren sehr stark zwischen den einzelnen Gewerkschaften sowie dem privaten und öffentlichen Sektor, befinden sich insgesamt jedoch auf einem niedrigen Niveau. In jüngster Zeit haben sich neue unabhängige Gewerkschaften gegründet und im Januar 2018 auch einen neuen Gewerkschaftsdachverband, den »Gemeinsame Gewerkschaften Slowakei« (»Spoločné odbory Slovenska«, SOS) geschaffen. Zu den Gründern gehören fünf Gewerkschaftsorganisationen: die »moderne Gewerkschaft AIOS«, die »moderne Gewerkschaft Volkswagen«, der Gewerkschaftsverband der Krankenschwestern und Hebammen, der neue Gewerkschaftsverband der Polizei und die neue Schulgewerkschaft. Gewerkschaften und gewerkschaftliche Verbände, die einer politischen Partei nahestehen, dürfen keine Mitglieder dieser SOS werden; gleiches gilt für

Gewerkschaften, die auf personeller Ebene mit einer Arbeitgeber- oder Arbeitgebervertretung verquickt sind. Dabei werden die personellen Verflechtungen von Gewerkschaftsfunktionären mit politischen Posten auf regionaler und lokaler Ebene besonders kritisch gesehen.

Für den Dachverband KOZ SR gab es mit der Ablösung des langjährigen Vorsitzenden Jozef Kollár, der auch Vizepräsident der Kommission des Europäischen Gewerkschaftsbundes war, durch Marián Magdoško, ehemaliger Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, eine spürbare Veränderung. Vizevorsitzende blieb Monika Uhlerová, die sich darum bemüht, durch vermehrte Präsenz in den Medien zu einer Imageverbesserung der slowakischen Gewerkschaften beizutragen. Auch der Rat der Jungen KOZ SR wurde mit František Gajdoš, der gleichzeitig als Leiter der Grundorganisation bei Jaguar Land Rover tätig ist, personell neu besetzt. Im 2020 sollte auch der Kongress des Dachverbandes KOZ SR stattfinden, dieser wurde aber aufgrund der Pandemie auf 2021 verschoben.

GEWERKSCHAFTEN IN DER SLOWAKEI – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die mit dem Jahr 1989 zusammenhängenden Veränderungen in den postkommunistischen Ländern betrafen im großen Maße auch die Gewerkschaften. Die traditionelle Gewerkschaftsbewegung ROH wurde aufgelöst und in »KOS« umbenannt. KOS trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und wurde so zur dominierenden Gewerkschaft, aber mit einer neuen, von kommunistischer Erblast freien Führung. Obwohl er mit der Politik und Organisation des ROH brach, trat die Mehrheit der ROH-Mitglieder dem neuen Gewerkschaftsbund bei. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich der ČS KOS in eine Organisation für die tschechische Republik, ČMKOS, und eine für die Slowakische Republik, KOZ SR. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der vor dem Jahr 1989 rund 80 Prozent betrug, begann zu sinken und beträgt heute nur noch ca. 13 Prozent.

Mit dem politischen Umbruch 1989 wurde das tripartite System des Sozialdialogs in der damaligen Tschechoslowakei eingeführt. Das Machtgefüge zwischen den Sozialpartnern ist dabei abhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation: Traditionell links/sozialdemokratisch orientierte Regierungen stellten sich eher auf die Seite der Gewerkschaften, während konservativ-liberale Regierungen eher die Position der Arbeitgeber stärkten. Die slowakische Gewerkschaftskonföderation KOZ SR schloss 2010 einen Kooperationsvertrag mit der sozialdemokratisch geführten Regierung ab, der zu einer Verbesserung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften führte. Es wurden eine Reihe von Gesetzesänderungen durchgesetzt, so beispielsweise eine Novelle des Arbeitsgesetzbuches, die auch die betriebliche Grundorganisation als legitimen Verhandlungsvertreter für die Arbeitnehmer_innen zulässt. Gleichzeitig befürchteten Kritiker eine mögliche politische Instrumentalisierung der Gewerkschaften durch die (sozialdemokratische) Politik.

Während der sozialdemokratisch geführten Regierungen unter Premierminister Robert Fico (2006–2010 sowie von 2012–2020) gab es damit einen engen Austausch zwischen der sozialdemokratischen Partei (SMER-SD) und den Gewerkschaften. Dies hat sich mit dem Amtsbeginn der neuen Regierung unter Matovic im März 2020 geändert.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die wichtigsten Einheiten im slowakischen Gewerkschaftssystem sind die Gewerkschaftsorganisationen bzw. Grundorganisationen in den einzelnen Betrieben, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden können. Sie treten auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei, die nicht unbedingt einer einzelnen Branche zuzuordnen sind. Zum Teil verfügen sie über regionale Vertretungen. Die Einzelgewerkschaften sind in der Regel Mitglied beim Dachverband, der ebenfalls über ein Netz regionaler Büros verfügt. Ein System von Gewerkschaftsstrukturen unabhängiger Betriebsräte, wie dies in Deutschland existiert, gibt es in der Slowakei nicht. Die Grundorganisationen sind daher nicht nur für die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern zuständig, sondern verhandeln auch über alle weiteren Arbeitsbedingungen (z. B.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände der Slowakei

Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Konfederácia odborových zväzov SR, KOZ SR (Slowakischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Marián Magdoško Stv. Vorsitz: Monika Uhlerová	ca. 220 000	IGB, EGB
Spoločné odbory Slovenska, SOS (Gemeinsame Gewerkschaften der Slowakei)	Bislang wurden keine offiziellen Vertreter_innen gewählt.	25 000	–
Nezávislé kresťanské odbory Slovenska, NKOS (Unabhängige christliche Gewerkschaften der Slowakei)	Vorsitz: Lubica Černá Stv. Vorsitz: Mária Brigánová	200	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften der Slowakei

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový zväz KOVO, OZ KOVO (Metallgewerkschaft)	KOZ SR	Vorsitz: Emil Machyna Stv. Vorsitz: Monika Benedeková	ca. 60000	IndustriAll Europe, IndustriAll, PSI, EPSU
Energeticko-Chemický odborový zväz, ECHOZ (Gewerkschaft Energie und Chemie)	KOZ SR	Vorsitz: Marián Baňanka Stv. Vorsitz: Andrej Buch	11 500	IndustriAll Europe, IndustriAll, EPSU
Integrovaný odborový zväz (Integrierte Gewerkschaft)	KOZ SR	Vorsitz: Marta Brodzianska	10 000	IndustriAll Europe, EFBWW
Slovenský odborový zväz zdravotníctva a sociálnych služieb, SOZZaSS (Gewerkschaft Gesundheit und Soziale Dienste)	KOZ SR	Vorsitz: Anton Szalay Stv. Vorsitz: Daniela Pochybová	17 600	EUROFEDOP
Odborový zväz pracovníkov školstva a vedy na Slovensku, OZPŠAV (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)	KOZ SR	Vorsitz: Pavel Ondek Stv. Vorsitz: Ingrid Gamčíková	41 700	ETUCE
Slovenský Odborový zväz verejnej správy a kultúry, Sloves (Gewerkschaft für öffentliche Verwaltung und Kultur)	KOZ SR	Vorsitz: Milena Ráčová	21 600	EUROFEDOP

Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) und Mitbestimmungsrechte in ihren Betrieben.

Der einzige »richtige« Dachverband ist KOZ SR mit 24 Mitgliedsverbänden (15 Produktions- und 9 Nichtproduktionsbranchen). Vor Kurzen wurde sein Monopol allerdings durch die Entstehung des neuen Dachverbands SOS geschwächt. Aus Sicht von KOZ SR ist SOS allerdings keine echte Konkurrenz, da dieser noch über keine richtigen Strukturen verfügt. Bislang wurden in SOS auch noch keine offiziellen Vertreter_innen gewählt. Das Gründungs memorandum des neuen Dachverbands wurde 2018 von Monika Kavecká, Vojtech Klučarovský, Ľudovít Sebelédi, Martin Mikula, Marián Kalman unterzeichnet. Da keine Kommunikation zwischen den relevanten Akteur_innen stattfindet, ist die weitere Entwicklung nicht absehbar.

Der mit Abstand bedeutendste Einzelgewerkschaftsverband ist der für die in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten OZ KOVO, was die herausragende Rolle dieser Branche in der slowakischen Wirtschaftsstruktur widerspiegelt. Nicht nur ist diese Branche in der Slowakei relativ groß, sondern ihr Vorsitzender Emil Machyna ist gleichzeitig Verwalter des Eigentumsfonds der Gewerkschaften. Er hat damit einen maßgeblichen Einfluss auf die Verteilung dieser Mittel auf die Einzelverbände.

Neben den Mitteln aus diesem Fonds stellen die Mitgliedsbeiträge die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften dar. Die Grundorganisationen bekommen in der Regel 1 Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder, wovon sie 25 Prozent an die Gewerkschaftsverbände abführen. Diese treten davon einen Teil an den Dachverband ab. Wie bereits aus-

geführt, sinken diese Beträge wegen sukzessivem Mitgliederschwund jährlich.

Der Organisationsgrad in den Gewerkschaften beträgt zurzeit ca. 12 bis 15 Prozent. Die Mitgliederanzahl des größten Dachverbandes liegt nach offiziellen Angaben bei 220.000. Viele Gewerkschaften verfügen allerdings über keine aktuellen Daten, sodass kein genauer Überblick über die Mitgliederanzahl zur Verfügung steht.

In der Slowakei existieren keine Daten bezüglich der Abdeckung über (Branchen-) Tarifverträge, aus denen sich die Repräsentativität der Gewerkschaften in den einzelnen Sektoren ablesen lässt. Laut Einschätzungen von Expert_innen sind etwa 30 Prozent der slowakischen Betriebe durch Tarifverträge abgesichert.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, sind im Vergleich zu Deutschland außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgelthöhe wie auch weitere Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste. Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig. Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften eine gesetzliche Regelung, gemäß welcher es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben

kann, die aber alle einem Kollektivvertrag zustimmen müssen. Dies öffnet Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden (es reichen zur Gründung lediglich drei Beschäftigte aus). Verbindlich befragt müssen die Gewerkschaftsorganisationen nur, falls einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden sollte und wenn allgemeine Betriebsbestimmungen oder Urlaubspläne entworfen werden. Diese mangelnde Einbeziehung wird von den Gewerkschaften kritisiert.

Der Abschluss von Kollektivverträgen höheren Rangs, d. h. Vereinbarungen auf (Teil-) Branchenebene, wird häufig von Arbeitgebern verhindert, indem sie Verhandlungen auf dieser Ebene verweigern. In den Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen. Sie haben daher wenig Einfluss. Bei für Arbeitnehmer_innen relevanten Gesetzgebungen werden ihre Meinungen eingeholt. Beratend ist zudem ihre Rolle bei der Tripartitität, einem beratenden Organ der Regierung, der je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird. Gewerkschafter_innen berichten regelmäßig über Versuche, die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen oder die Ausübung ihrer Tätigkeit zu verhindern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die Verhandlung von Branchentarifverträgen stellt auch in der Slowakei das Kerngeschäft der Gewerkschaften dar. Arbeitgebervertreter_innen müssen die Branchentarifverträge dem Arbeitsministerium vorlegen. Die Verhandlungen werden schwerpunktmäßig auf der betrieblichen Ebene geführt, typischerweise einmal im Jahr, es sei denn, es wurde für den Kollektivvertrag eine längere Laufzeit vereinbart. Diese Tarifverträge setzen nur minimale Beschäftigungsstandards und gehen häufig nicht über die sowieso gesetzlich vereinbarten Rechte hinaus. Ihren Hauptteil bilden die Lohnverhandlungen. Leider gibt es keine Statistiken über die Anzahl vorhandener Verträge.

Diese Verhandlungen auf der niedrigsten möglichen Ebene gehen naturgemäß mit einem massiven Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht einher. Die Bereitschaft der einfachen Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, in entsprechende Ausbildung ihrer Vertreter_innen zu investieren, hält sich oft in Grenzen. Die Vorstellung von einer Gewerkschaftsarbeit, die weniger die Funktion der Durchsetzung gemeinsamer Interessen hat, als vielmehr die einer sozialen, bei der sich Mitgliedschaft unmittelbar durch bestimmte Zuschüsse oder Geschenke auszahlen soll, hat historische Gründe. Die Branchenverbände versuchen zwar, ihre Mitgliedsorganisationen bestmöglich zu unterstützen, haben aber selbst zu sehr mit begrenzten Kapazitäten zu kämpfen, als dass sie imstande wären, Expert_innen zu den Verhandlungen zur Verfügung zu stellen.

Eine wirkliche betriebliche Mitbestimmung gibt es in der Slowakei nicht. Der Katalog der verpflichtend mit den Gewerkschaften zu konsultierenden Entscheidungen ist äußerst knapp

und hat kaum unmittelbar mit der Unternehmensführung zu tun. In den Aufsichtsräten haben die Arbeitnehmer_innen wegen ihrer geringen Vertretung keine echte Entscheidungsgewalt, gleiches gilt für den Sozialdialog.

Im letzten Jahr waren Gewerkschaften in mehreren Betrieben mit der Herausforderung konfrontiert, dass sich neue betriebliche Gewerkschaften gegründet haben und damit die Frage aufgeworfen wurde, welche der Organisationen verhandlungsbefugt sind. Laut Gesetz ist dazu die betriebliche Grundorganisation mit den meisten Mitgliedern berechtigt.

Der Dachverband KOZ SR war bis jetzt der Hauptvertreter der Gewerkschaften für den Sozialdialog im Rahmen der Tripartitität. Nur er erfüllt die Auflage, mindestens 100.000 Mitglieder zu vertreten. Die Tripartitität ermöglicht den Gewerkschaften zwar die Teilnahme an der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften und Gesetzesvorhaben, aber ihr Stimmgewicht ist vergleichsweise gering. Der neue Arbeitsminister Krajniak hat aber mit der Novelle des ABGBs diese Tradition verändert. Bei der neuen Regierung stoßen die Gewerkschaften auf ein fachliches und politisches Unverständnis der Bedeutung des sozialen Dialogs. In den ersten Wochen wurde dies noch dem Umstand zugeschrieben, dass die Regierung sich erst mit den neuen Aufgaben vertraut machen müsste. Die Gewerkschaften haben sich in diesen schwierigen Zeiten gegenüber der Regierung durchaus kooperations- und gesprächsbereit gezeigt. Allerdings wurde schnell deutlich, dass die Regierung an einem konstruktiven Dialog im Rahmen der Tripartitität kein Interesse hat. Im Gegenteil: Es wurde schnell offensichtlich, dass die neue Regierung die Absicht hat, die Gewerkschaften aus dem Sozialdialog hinaus zu drängen bzw. grundsätzlich ihre Position zu schwächen. Dabei ist gerade in Krisenzeiten der soziale Dialog eine Voraussetzung, um gemeinsame Lösungen zu erreichen und die Stabilität einer Gesellschaft sicher zu stellen. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften weiter entwickeln wird und wo sich zukünftig neue Konflikte auf tun werden.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die slowakischen Gewerkschaften stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie ihre Schwesterorganisationen in den anderen post-kommunistischen Staaten Mittelosteuropas. Sie werden nach wie vor nicht als echte Interessensvertretungen für Arbeitnehmer_innen und damit politischer Akteur wahrgenommen und leiden bis heute unter dem schlechten Image, das die während der kommunistischen Zeit verpflichtenden Gewerkschaften hatten. Es fehlte ihnen von Beginn an eine klare Vision für ihre zukünftigen Aufgaben.

Der sukzessive Mitgliederschwund führt zu sinkenden Mitgliedsbeiträgen und damit zu einer schwachen Personalausstattung sowohl beim Dachverband als auch den Einzelgewerkschaften. Geschwächt werden die Gewerkschaften außerdem durch eine enorme Zersplitterung ihrer Strukturen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Tarifabdeckung variieren sehr stark zwischen den einzelnen Gewerk-

schaften sowie dem privaten und öffentlichen Sektor, befinden sich insgesamt jedoch auf einem niedrigen Niveau. Die Vorsitzenden der neu entstandenen Gewerkschaften lehnen die Nähe zur sozialdemokratischen Regierungspartei ab und werfen den alten Strukturen mangelndes Engagement für die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer_innen vor. Mehrfach haben führende Gewerkschaftsvertreter_innen bei Kommunalwahlen auf der Liste der Sozialdemokraten SMER-SD kandidiert. Zusammen mit der grundsätzlich vorhandenen Intransparenz der gewerkschaftlichen Entscheidungsmechanismen bestärkt dies die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, dass Gewerkschaften eine »geschlossene Gesellschaft« und somit ein Relikt aus der sozialistischen Ära darstellen. Es fehlt an Nachwuchs, an qualifizierten Mitarbeiter_innen in den Gewerkschaftsorganisationen sowie an handlungsfähigen regionalen Strukturen.

Eine echte gesellschaftspolitische Kraft sind die Gewerkschaften in der Slowakei daher kaum. Für absehbare Herausforderungen wie die Konsequenzen einer zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft oder der Klimapolitik auf die Automobilbranche und ihrer Beschäftigten, die den Motor der slowakischen Wirtschaftsstruktur darstellen, sind sie nicht in der Lage, eigene Strategien zu entwerfen, weil ihnen keine entsprechende Expert_innen zur Verfügung stehen. Strategisch wird es für die Gewerkschaften wichtig sein, ein gutes Verhältnis zu den beiden sozialdemokratischen Parteien – SMER-SD und HLAS – zu pflegen und auf diese Weise ihren Einfluss zu sichern.

Urban Überschär, Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik, Prag

JUDr. Zuzana Homer, Leiterin des Büros Bratislava und des gesellschaftspolitischen Projektes in der Slowakei

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.